

Irgendwo zwischen Irland und Ungarn oder Norwegen und Tunesien haben wir auch für Sie eine Ferienwohnung.

Es gibt einen Katalog, in welchem 7000 Ferienwohnungen in 22 Ländern, Wohnungen für 1 oder 2 Personen, aber auch Häuser für 30 Personen, Bungalows am Meer und Chalets in den Bergen abgebildet und genau beschrieben sind. Jede mit allen Terminen in einem Computer gespeichert, damit jeder, dem es gefällt, augenblicklich erfahren kann, ob die Ferienwohnung, die ihm gefällt, auch dann frei ist, wann es ihm gefällt.

**swiss inter
CHALETs HOME**

Tausende von Ferienwohnungen. Lieber lange aussuchen können, statt lange suchen müssen.

Bitte schicken Sie mir unverbindlich den 372seitigen Katalog mit mehr als 7000 Ferienwohnungen in allen Ländern Europas.

Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

**Bitte einsenden an:
Swiss Chalets - Inter Home GmbH
Rennbahnstrasse 72, 6 Frankfurt 71
Telefon 0611 - 67 81 41**

**Für die Schweiz und Österreich:
Swiss Chalets - Inter Home
Elsastrasse 16, CH-8040 Zürich
Telefon (01) 39 38 88**

GGK

werden Sie weitgehend auf Rechtsextremisten angewiesen sein.

BAHNER: Auf diese Leute wollen wir gern verzichten. Was wir brauchen, sind mindestens drei bis vier Prozent von bisher enttäuschten SPD- und FDP-Wählern.

SPIEGEL: Aber Sie bekommen schon jetzt Zulauf aus den CSU-Freundeskreisen, in denen selbst CDU-Politiker wie der Hamburger Landesvorsitzende Echternach „Vertreter rechtsextremen Gedankengutes“ ausgemacht haben.

BAHNER: Ich habe diese Leute bisher nicht kennengelernt. Ich weiß gar nicht, was dahintersteckt.

SPIEGEL: Da sind Männer wie Rudolf Metzger, der 1971 die Entführung des CSU-Freundeskreisgründers Professor Rubin vorgetäuscht hat, um den Ausgang der Kieler Landtagswahlen durch diesen angeblichen linksextremistischen Terrorakt zu beeinflussen. Derselbe Metzger dient Ihnen heute als Stuttgarter AVP-Landesgeschäftsführer und als Schatzmeister.

BAHNER: Das war damals eine politische Dummheit von Metzger. Das gefällt uns nicht, aber deshalb machen wir ihn politisch nicht tot. Ich stimme Ihnen jedoch zu, eine der größten Schwierigkeiten wird es sein, daß wir in der Kürze der Zeit bei der Auswahl der Menschen, die zu uns stoßen, eine glückliche Hand haben müssen.

SPIEGEL: Die „Frankfurter Allgemeine“ hat Ihnen vorausgesagt, daß Ihre Partei „Querulanten, Ehrgeizlinge, Neidhammel und Intriganten“ anziehen werde „wie Honig die Wespen“.

BAHNER: Ein bißchen kann man die Dinge von der Wirtschaft schon auf die Politik übertragen: Es kommt darauf an, an gewisse führende Positionen den richtigen Mann zu setzen.

SPIEGEL: Wieviel Geld braucht die AVP für den Wahlkampf?

BAHNER: Wenn wir am Ende mitmischen wollen, und wir wollen es, dann muß es uns gelingen, zwischen fünf und sieben Millionen Mark auf die Beine zu stellen.

SPIEGEL: Wer spendet?

BAHNER: Kein Geldgeber wird Wert darauf legen, daß es an die große Glocke gehängt wird, wenn er was gibt. Zur rechten Zeit wird aber erkennbar werden, daß hier eine Qualität von Bürgern mit am Werke ist, die über allen Zweifeln steht.

SPIEGEL: Die Junge Union hat kürzlich den Verdacht geäußert, es seien dieselben Finanziere, die im letzten Wahlkampf die „hemungslose Propaganda“ in den anonymen Annoncen gegen die Sozialliberalen ermöglicht haben.

BAHNER: Verbände sind es jedenfalls nicht, und der DGB ist es auch nicht.

SPIEGEL: Die meisten SPD-, FDP- und CDU-Politiker scheinen mit Barzel übereinzustimmen, der zum Thema vierte Partei anmerkt, daß „die relative Stabilität der Bundesrepublik, verglichen mit Weimar oder anderen Ländern, auch mit der Parteienstruktur zu tun hat. Wer hier etwas zerstört, zerstört ein Stück staatspolitischer Stabilität“.

BAHNER: Da bin ich ganz anderer Meinung. Diese Fünf-Prozent-Klausel bringt mehr Starrheit und Verkrustung in das demokratische Spiel der Kräfte, als uns guttut.

SPIEGEL: Wie hoch würden Sie die Klausel ansetzen?

BAHNER: Ich habe einmal gesagt: drei Prozent. Ich glaube, ich habe sogar zweieinhalb gesagt. Das ist absolut ausreichend, um eine Vielzahl von Parteien zu verhindern. Da passiert gar nichts, da bin ich Experte.

ABGEORDNETE

Rückzug aus Bonn

Vier SPD-MdB wollen ins Privatleben zurück, noch ehe ihre Parlamentskarriere recht begonnen hat. Sie kapitulieren vor der Allmacht der Bürokratie und dem Zwang zur Loyalität mit der Regierung.

Um ihre Rückkehr in den nächsten Deutschen Bundestag hätten sie nicht bangen müssen. Ein aussichtsreicher Platz auf der baden-württembergischen Landesliste der Sozialdemokraten war dem Chemiker Frank Haenschke so gut wie sicher. Der Braunschwei-



**Bonn-Abwanderer Oetting
Lieber wieder Autos bauen**

ger Ingenieur Hermann Oetting hätte ebenso wie der schleswig-holsteinische Studienrat Jürgen Anbuhl in einem der sicheren SPD-Wahlkreise kandidieren können. Auch den Fernseh-Journalisten Hermann Reiser wollten die Pinneberger Sozialdemokraten als ihren Abgeordneten „gern wiederhaben“, wie der Parlamentarier weiß.

Doch die vier SPD-MdB, allesamt erst eine volle Legislaturperiode im Bundestag, lehnten ab. Sie sind das Parlamentarierleben leid und wollen in ihren Beruf zurück.

Der Widerspruch zwischen dem, was sich die Bundestagsneulinge von ihrem Job in Bonn versprochen hatten, nämlich mitzuentcheiden, zu kontrollieren oder gar zu verändern, und einem von Sparzwängen, Kompromissen und autoritärem Führungsstil in der Fraktion geprägten Politiker-Alltag er-



Bonn-Abwanderer Haenschke
Lieber wieder unterrichten

schien den vier unerträglich groß. Sie haben bereits jetzt den „Leerlauf des Dabeiseins“ satt, wie der ebenfalls parlamentsmüde Polit-Prof und Politik-Professor Ulrich Lohmar — SPD-MdB seit 1957 — die Tätigkeit Bonner Hinterbänkler beschreibt.

Der 38jährige Frank Haenschke möchte lieber wieder an der Fachhochschule in Aalen Studenten unterrichten, der gleichaltrige Hermann Oetting will sich künftig voll seiner Arbeit in der Entwicklungsabteilung des Wolfsburger Volkswagenwerkes widmen, und Jürgen Anbuhl, 35, hält nach den enttäuschenden Erfahrungen in Bonn eine Promotion über Vorschulpädagogik für „handfester“ als den Beruf eines Abgeordneten.

Der 52jährige Journalist Reiser, der gleichfalls beruflich „nicht den Anschluß verpassen“ möchte, begründet die Ent-

„Zum Marketing-Mix gehört auch ein guter Drink. Pur oder gemixt.“

FOUR ROSES DISTILLING CO.,
LOUISVILLE/KENTUCKY

Liebe Manager:

Wer unternehmerisch tätig ist, wird heutzutage böse gebeutelt. Keiner weiß besser als Ihre Familie, wieviel Streß von Ihnen verdaut werden muß.

Wir meinen: Sie sind es sich selbst schuldig, ab und zu mal eine Besinnungspause mit einem guten Glas

Four Roses Bourbon einzulegen. Das hilft Ihnen, zu entspannen und immer die richtige Entscheidung zu treffen.

Außerdem: Four Roses schmeckt wunderbar — ungefähr so, wie ein Jahresabschluß mit Goldrahmen.



6 Jahre gereift,
voll und weich
im Geschmack:
Four Roses Bourbon,
der mit den
vier Rosen.



Four Roses

— was Millionen Kenner schätzen
schmeckt auch dem Management

Wir verlosen
200 Eiswürfel-Partyfäßchen!

Jeder Einsender kann ein Four Roses-Eiswürfel-Fäßchen für die Hausbar gewinnen. Einfach diesen Kupon an Burgeff Weltmarken-Import, 6203 Hochheim/Main, Geheimrat-Hummel-Platz einschicken (Rechtsweg ausgeschlossen).
Einsendeschluß: 31. 3. 1976

Name _____

Anschrift _____

täuschung: „Als Abgeordneter sitzt man sich vor allem den Hintern breit — es fehlen die Erfolgserlebnisse.“

Dabei waren alle vier mit großen Erwartungen nach Bonn gegangen. Anbuhl, der als Nachrücker schon einen Teil der vergangenen Legislaturperiode miterlebte, erinnert sich an seinen Einzug ins Parlament: „Da war man noch emotional aufgeheizt, da glaubte man noch, was bewirken zu können.“

Im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit hatte sich der Schleswig-Holsteiner zunächst eifrig um die Reform der Jugendhilfe gekümmert. Aber Kanzler Helmut Schmidt legte das umfangliche und kostspielige Reformwerk aus Rücksicht auf die angespannte Haushaltslage vorerst ad acta.

Außerdem bekam der Parlaments-Eleve sehr rasch die Ohnmacht der Volksvertreter gegenüber der Bonner Ministerialbürokratie zu spüren. Bei den Beratungen des Opium- wie des Volljährigkeitgesetzes ärgerte sich der Studienrat über die Besserwisseri der Beamten, die auch geringfügige Änderungswünsche der Parlamentarier zu Fall brachten. Beim milliardenschweren Bundesausbildungsförderungsgesetz hatten die Abgeordneten, so Anbuhl, „allenfalls die Möglichkeit, über Beiträge hinter dem Komma zu bestimmen“.

Koalitionsabsprachen und der Zwang zur Loyalität gegenüber der Regierung engen den Spielraum der SPD-Parlamentarier zudem ein; FDP-Abgeordnete oder gar CDU/CSU-MdB scheinen sich da freier zu fühlen, jedenfalls will keiner der Neu-Parlamentarier beider Fraktionen Bonn den Rücken kehren. Jürgen Anbuhl hingegen leidet unter dem frustrierenden Gefühl, er wirke in seinem ausgedehnten schleswig-holsteinischen Wahlkreis Eckernförde beinahe nur noch „als Pressesprecher der Regierung“.

Ansehen und Einkommen des Abgeordnetenmandats wiegen die Nachteile des Parlamentarierjobs für Haenschke und seine Kollegen bei weitem nicht auf. Alle vier Abwanderer haben einen Beruf, der sie „fordert“ (Oetting), ihnen „rundum Spaß macht“ (Reiser) oder sie „weiter bringt“ (Anbuhl) — für Helga Timm, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, wiederum Voraussetzung einer sinnvollen Abgeordnetentätigkeit, denn berufliche Qualifikation erleichtere es dem Volksvertreter, „sich auf einem Feld gut einzuarbeiten“, und verstärke überdies die „Unabhängigkeit des Parlamentariers“.

Haenschke und seine drei Genossen nutzen ihre Unabhängigkeit, um in den bürgerlichen Beruf zurückzugehen. Doch diese Freiheit der Wahl, so zeigt sich, haben oder nehmen sich immer

Diäten ihre Ruhegelder beziehen, auf Verbandsgeschäftsführer, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, denen ihr Mandat ein in der Regel höheres Einkommen sichert. Ulrich Lohmar: „Je geringer die Aussicht eines Parlamentariers ist, in seinem eigenen Beruf wenigstens genausoviel zu verdienen wie als Mitglied des Bundestages, um so stärker ist sein ökonomisches Interesse an einer Wiederwahl.“

Frank Haenschke sieht es so: „Je abhängiger man wird, desto mehr sinkt die politische Durchsetzungskraft.“

BUNDESWEHR

Opfer von allen

Sonderrechte für Bundeswehrsoldaten im Sozial- und Bildungsbereich werden abgebaut. 400 Millionen Mark will Minister Leber auf diese Weise für die Rüstung frei machen.

Nachdem der Hamburger Andreas Gediehn, 20, die mittlere Reife geschafft und eine Stelle beim Finanzamt bekommen hatte, erfüllte er sich einen lang gehegten Wunsch: „mich aus dem Elternhaus zu lösen und einen selbständigen Haushalt zu führen“. Jüngst jedoch, anderthalb Jahre danach, fanden Behörden die Mietwohnung (41 Quadratmeter) unangemessen und verordneten Gediehn, nun Wehrdienstleistender, eine andere Unterbringung — wochentags Kaserne, an freien Wochenenden das Elternhaus.

Als der Esslinger Bankkaufmann Walter Guski, 25, letztes Jahr zum Grundwehrdienst gezogen wurde, muß-



SPIEGEL-Titel 49/1975
Bildung verkürzt

te er außer auf guten Verdienst auch auf sein 70-Quadratmeter-Appartement verzichten. Guski könne ja, so ein Bescheid, die freien Stunden in der Wohnung seiner Mutter zubringen.

Die Soldaten Gediehn und Guski sind Leidtragende einer Übereinkunft zwischen Bund und Ländern, „strengere Maßstäbe“ als bisher bei der Gewährung von Mietbeihilfen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz für Wehrpflichtige anzulegen. Denn „mit der Zeit“, so hatte das Bundesverteidigungsministerium moniert, sei die Ausnahmeregel „immer großzügiger ausgelegt“ worden.

1966 noch kam der Bund für die privaten Soldatenunterkünfte mit 1,4 Mil-

